

Probleme lösen, die noch gar keiner kennt

Als Kanzleramtschef muss **Thorsten Frei** Friedrich Merz den Rücken freihalten. Sein 100-Tage-Programm ist straff

INTERVIEW VON **FELIX HECK** UND **JAN-PHILIPP HEIN**

Als Kanzleramtschef wird Thorsten Frei der wichtigste Problemlöser von Friedrich Merz. Im Interview mit dem FOCUS erklärt er, was die künftige Koalition anders machen muss, damit sie nicht wie die Ampel endet.

Herr Frei, was sind die wichtigsten Meilensteine der ersten 100 Tage?

Unser Anspruch ist, einen Politikwechsel hinzubekommen. In den ersten Wochen unserer Regierungsarbeit wird es vor allem darum gehen, eine andere Grundstimmung in Deutschland zu schaffen. In der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und gerade auch der Migrationspolitik. Man kann sofort viel umsetzen, häufig auch ohne größere Belastungen für den Haushalt. Denken Sie an das Lieferkettengesetz, das wir abschaffen werden, oder an die Tageshöchst Arbeitszeit, die wir durch eine Wochenhöchst Arbeitszeit ersetzen wollen. Keinen Aufschub dulden zudem die Superabschreibungen ab 2025. Die müssen sofort kommen, damit wir schnell einen Beitrag zur preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft leisten können. Die illegale Migration werden wir auch durch Zurückweisungen an den Grenzen in den Griff bekommen.

Keine Regierung ist mit so schlechten Zustimmungswerten gestartet.

Was haben Sie falsch gemacht?

Das ist jetzt keine Koalition, die mit großen Vorschusslorbeeren startet. Das war bei anderen Konstellationen in der Vergangenheit anders. Aber ich verzichte gerne auf Vorschusslorbeeren, wenn die Menschen am Ende der Wahlperiode sagen, dass wir gute Arbeit für unser Land geleistet haben. Schauen Sie auf die drei sparsamen Worte, die über dem Koalitionsvertrag stehen: Verantwortung für Deutschland. Da ist nichts Präventives, sondern ein hohes Maß an Sachbezogenheit, an Ernsthaftigkeit, auch an Nüchternheit. Das passt in diese Zeit.

Wie wollen Sie Konflikte vermeiden?

Die Konflikte wird es mutmaßlich geben. Union und SPD haben bis zum 23. Februar noch Wahlkampf gegeneinander gemacht. Wir haben programmatische Unterschiede. Bei den

Sondierungsgesprächen und den Koalitionsverhandlungen hat sich herauskristallisiert, dass wir manchmal unter den gleichen Worten Unterschiedliches verstehen. Das wird immer mal wieder passieren. Wichtig ist, dass man verantwortungsvoll damit umgeht. Erfolg werden wir nur gemeinsam haben.

Wie wollen Sie das austarieren?

Der frühere Kanzleramtsminister Thomas de Maizière hat einen klugen Satz gesagt: Der Kanzleramtschef muss die Probleme lösen, von denen die meisten gar nicht wussten, dass sie überhaupt bestehen. Es geht darum, sehr früh Probleme und potenzielle Konflikte zu antizipieren, auf die die Koalitionspartner zusteuern. Je früher man Probleme angeht, desto leichter kann man sie ohne Gesichtsverlust der Beteiligten lösen. Die Konflikte dürfen sich nicht so auf türmen, dass man sie am Ende nur noch notdürftig und in 30-stündigen Koalitionsausschüssen klären kann.

Soll der Koalitionsausschuss die letzte Eskalationsstufe sein oder eine dauerhafte Plattform?

Beides muss sich nicht widersprechen. Wir haben vereinbart, dass dieser Ausschuss sich regelmäßig trifft, nicht nur bei konkreten Problemen. Aber Ziel muss sein, dass Ressorts – auch unter Beteiligung des Kanzleramtes – Probleme lösen, ohne dass man damit den Koalitionsausschuss behelligen muss.

Jens Spahn möchte mit der AfD wie mit jeder anderen Oppositionspartei umgehen. Sie auch?

Man muss den Ausgangspunkt dieser Debatte sehen. Jens Spahn hat zwischen der politischen Bewertung einerseits und dem sachlich-organisatorischen Umgang im Parlamentsalltag andererseits klar unterschieden. Die AfD ist unser politischer Widersacher, den wir politisch bekämpfen müssen. Das ist unser ureigenstes Interesse als Union.

Sollte die AfD im Kontrollgremium der Geheimdienste sein, in dem hochsensible Informationen geteilt werden?

Das halte ich für schwer vorstellbar. Eine zumindest in Teilen rechtsextreme Partei, die selbst vom Verfassungsschutz beobachtet wird, soll dabei mitwirken, Nachrichtendienste zu kontrollieren? Das

erscheint mir unmöglich.

Sollte es AfD-Ausschussvorsitzende geben?

In der vorletzten Legislatur gab es Ausschussvorsitzende der AfD, in der letzten nicht. Es gibt also Blaupausen für beide Modelle. Man sollte aber auch berücksichtigen, dass die AfD einen erkennbar beschleunigten Radikalisierungsprozess hinter sich hat.

Im Bundeskanzleramt wird der neue Nationale Sicherheitsrat angesiedelt. Wo genau?

Daran wird derzeit intensiv gearbeitet. Klar ist, dass dies nah beim Bundeskanzler sein wird. Der Nationale Sicherheitsrat wird alle Sicherheitsaspekte unter Beach-

tung der Ressortzuständigkeit zusammenführen: äußere und innere Sicherheit, Diplomatie, Verteidigungspolitik, die Entwicklungszusammenarbeit, aber auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den Ländern.

Wird der Chef dieses Rates auf der gleichen Ebene wie die Abteilungsleiter sein oder darüber?

Die Position wird etwas anderes sein. Die Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt haben zentrale Verantwortung, daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Intern wird kritisiert, dass Sie von der SPD bei der Ressortverteilung über den Tisch gezogen wurden. Das Auswärtige Amt wird durch den Nationalen Sicherheitsrat geschwächt, das Energieministerium ist kastriert. Kann man das noch heilen?

Diese Sichtweise teile ich nicht. Wir werden Häuser führen, die für die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land eine erhebliche Rolle spielen. Ich denke da etwa an das Verkehrs- und Gesundheitsministerium. Außerdem werden wir zentral ein neues Ministerium für Digitales und Staatsmodernisierung schaffen, in dem viele Zuständigkeiten aus unterschiedlichen Häusern zusammengezogen werden. Wir werden die Digitalisierung vorantreiben, indem wir alle bislang zersplitterten Zuständigkeiten dort bündeln – mit einer zentralen Budgetverantwortung, mit einem Fachmann aus der Wirtschaft als Minister an der Spitze. Das wird zu Veränderungen auch in nahezu allen anderen Häusern führen.

Die Wochen um die Wahl werden nicht als strategische Meisterleistung von Merz gesehen – etwa die Abstimmungen mit der AfD oder die Verhandlungen mit der SPD, die sehr viele Zugeständnisse bekam. Muss Merz' Impulsivität gedämpft werden?

Ihre Frage enthält eine Behauptung, die ich nicht teile. Friedrich Merz ist ein sehr authentischer Politiker. Das hat man nach den Attentionen von Mannheim, Solingen, Aschaffenburg, München und

Focus / 02.05.2025

Magdeburg sehen können. Und das sollte er sich auch erhalten, weil das eine gute Eigenschaft ist. Wir haben Ende Januar versucht, auf diese Herausforderungen angemessen zu reagieren, und hätten uns gewünscht, dass es damals mit der SPD im Bundestag gegangen wäre. Immerhin sind die drei Punkte, die wir damals mit dem Zustrombegrenzungsgesetz durchsetzen wollten, nun alle Teil des Koalitionsvertrages.

Ist diese Authentizität auch gut, wenn man als Kanzler bei Trump sitzt und der loslegt wie bei Selenskyj?

Friedrich Merz hat auch außerhalb der Politik viel internationale Erfahrung in Verhandlungen sammeln können. Damit wird er gerade im außenpolitischen Bereich sehr positive Akzente und neue Impulse für unser Land und Europa setzen.

Welche Schwächen des Kanzlers werden Sie ausgleichen?

Ich arbeite jetzt seit dreieinhalb Jahren intensiv mit Friedrich Merz zusammen. Wir haben politisch nahezu identische Vorstellungen, und ich schätze ihn nicht nur als Politiker, sondern auch als Menschen außerordentlich. Persönlich ergänzen wir uns exzellent.

Sie haben Ihre Erfahrungen vor allem als OB gesammelt. Was nehmen Sie daraus mit ins Kanzleramt?

Mittlerweile bin ich auch um einige Erfahrungen aus der Bundespolitik reicher (*lacht*). Als Oberbürgermeister habe ich die Politik in einem etwas kleineren Rahmen kennenlernen dürfen, aber unter den gleichen Mechanismen, unter denen sie überall in Deutschland funktioniert. Am Ende des Tages geht es immer um Menschen und um Menschen, mit denen man arbeitet. Mit denen gut umgehen zu können, das ist die halbe Miete – egal ob kommunal, im Land, im Bund oder in Europa.

In den vergangenen Jahren haben Sie Ihre Politik oft öffentlich erklärt. Merz will einen Kanzleramtschef, der hinter den Kulissen wirkt. Sehen wir Sie jetzt vier Jahre lang nicht mehr?

Ich denke, Friedrich Merz erwartet vor allen Dingen von mir, dass ich die Aufgabe löse. Dazu kann es auch mal gehören zu erklären, was man eigentlich tut.

Wie soll die Koalition heißen?

Der Titel des Koalitionsvertrags ist nüchtern und unpräzise: „Verantwortung für Deutschland“. Als Arbeitstitel reicht mir deshalb Schwarz-Rot. ■